

### @l p t r a u m Sanktionenpraxis - Schluß mit dem Verfassungsbruch !

Das Verfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 9.2.2010 eindeutig festgestellt:

- das Existenzminimum ist definiert als die Summe aller materieller Aufwendungen, welche für die physische Existenzsicherung sowie ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben notwendig sind
- die Höhe des vollständigen Regelsatzes, welcher transparent und bedarfsgerecht zu ermitteln ist, entspricht dem Existenzminimum
- das Existenzminimum ist unverfügbar, das heißt, es darf auf keinen Fall unterschritten werden

**Die Zusammenführung dieser drei Feststellungen kann bezüglich der Verfassungsmäßigkeit von Sanktionen nur zu einem Schluss führen:**

**Die Durchsetzung von Sanktionen und damit die Unterschreitung eines verfassungskonformen Existenzminimums ist verfassungswidrig.**

Da es sich bei der vollen Höhe des Regelsatzes um das Existenzminimum handelt, gilt dies auch für jede beliebige Höhe einer Sanktion.

**Das Existenzminimum ist unverfügbar, das heißt, es darf auf keinen Fall unterschritten werden ! Denn schon mit dem Entzug des ersten Euro wird dieser Zustand erreicht.**

Die Abschaffung der Sanktionspolitik kann nur ein erster Schritt sein – aber ein sofortiger. Darüber hinaus ist die vollständige Beseitigung der Gesetze, die unter dem Begriff der Agenda 2010 subsummiert werden, dringend notwendig und schnellstmöglich durchzuführen. Diese Gesetze haben bei einem nicht geringen Teil der Bevölkerung unnötige Härten bewirkt und sie in zunehmender Armut und tiefer Perspektivlosigkeit versinken lassen.

**Stattdessen ist es notwendig, die Sozial- wie auch die Wirtschaftspo-**



**Hartz IV = Leben unter Zwang**

**litik völlig neu auszurichten und wieder das Kriterium in den Mittelpunkt des politischen Handelns zu rücken, welches gemäß Grundgesetz der Mittelpunkt zu sein hat, nämlich:**

**Das Wohl aller Menschen.**

Auch an das Existenzminimum geknüpfte Bedingungen mit dem Ziel, dieses zu unterschreiten, sind somit verfassungswidrig und folglich rechtsunwirksam. Damit wird auch die Vielzahl dubioser Sachverhalte obsolet, welche dafür missbraucht werden, um Sanktionen zu rechtfertigen.

**Wird durch die Zulassung von Sanktionen seitens des Gesetzgebers wie auch durch deren Durchführung mithilfe der Mitarbeiter der Jobcenter das Existenzminimum unterschritten, müssen sich diese Personen auch den daraus resultierenden Fol-**

gen stellen. Durch die Unterschreitung des Existenzminimums werden die davon Betroffenen gezwungen, auf andere Weise diesen Fehlbetrag auszugleichen. Auch abseits der rechtlichen Würdigung des Sanktions-Sachverhalts ist es mehr als nur lebensfremd, nun anzunehmen, dass die Betroffenen sich friedlich zum Sterben auf die Straße legen werden. Genau dies wird aber unausgesprochen vorausgesetzt. Nachdem die Betroffenen schon den „sozialen Tod“ gestorben sind, da sie mit dem Verlust der Arbeit gleichzeitig auch die Akzeptanz der Öffentlichkeit als gleichberechtigte Mitmenschen verloren haben und dem sie ob der strukturellen Gegebenheiten in wütender Ohnmacht gegenüberstehen, sollen sie nun auch noch den realen eigenen Tod stillschweigend und widerstandslos hinnehmen. Dies ist natürlich ebenso zynisch wie wirklichkeitsfremd. @l p t r a u m hatte mehrfach schon Auseinandersetzungen mit den ver.di-KollegInnen in den Jobcentern Hannovers, die, als Gehilfen dieser Sanktionierungspolitik, sich an Aufklärungs- oder Protestveranstaltungen vor den Jobcentern störten, eigener Mitschuld bewußt wurden ? (HaDe)

wöchentlich

**AK-Linden**

Donnerstags 10:00-12:30 Uhr

Freizeitheim Linden

(Straßenbahnlinie 10 - Ungerstraße)

Jeden 1. Mittwoch im Monat

**ver.di-Orts-Erwerbslose**

Mittwochs 15:30-17:30 Uhr

Goseriede 10-12

(Straßenbahnlinie 10,17 - Steintor)

wöchentlich

**Beistand-Gruppe Café-S**

Donnerstags 15:00-18:00 Uhr

**0511 / 33 65 35 56 - Königstraße 6**

(Buslinien 100,128,134 - Königstraße)

**@l p t r a u m - 8 Jahre kostenlose Zeitung für Menschen in prekären Lebenslagen**



[redaktion@alptraum.org](mailto:redaktion@alptraum.org)

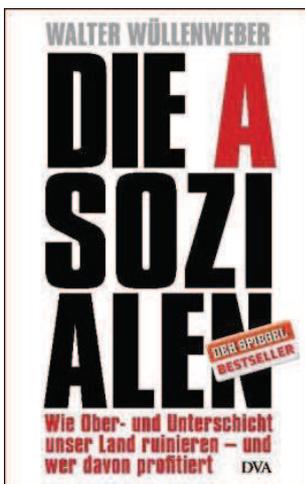


[www.alptraum.org](http://www.alptraum.org)



**@lptraum-Buchtipps im Januar: „DIE ASOZIALEN“**

Wie Ober- und Unterschicht unser Land ruinieren - und wer davon profitiert

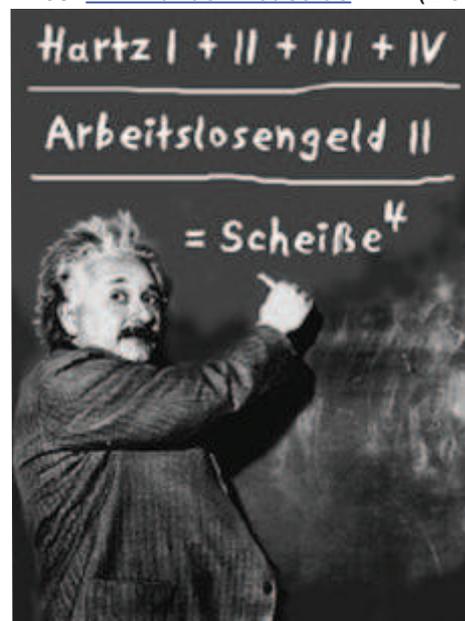


- Oberschicht und Unterschicht empfinden kaum noch einen Zusammenhang zwischen Leistung und Erfolg.

- Tricksen wird mehr und mehr zur Lebensform. Die Reichen tricksen beim Finanzamt, die Armen beim Sozialamt.
- Oben und Unten leben auf Kosten der Mittelschicht.

Mächtige Verbündete haben ein Interesse daran, dass sich an diesen Zuständen nichts ändert: Die Finanzindustrie macht die Oberschicht reich. Die Hilfsindustrie ermöglicht die Lebensform der Unterschicht. In den Banken wird das meiste Kapital verwaltet und umgesetzt. In der Hilfsindustrie sind die meisten Arbeitnehmer beschäftigt. Vor diesen Mächten hat der Staat längst kapituliert. Walter Wüllenweber, geb. 1962, hat Politikwissenschaft in Heidelberg studiert und die Henri-Nannen-Journalistenschule absolviert. Seit 1995 ist er Autor beim stern. 2005 hat Wüllenweber den Deutschen Sozialpreis bekommen und wurde 2007 Reporter des Jahres. Er war zwei Mal für den Henri-Nannen-Preis und drei Mal für den Egon-Erwin-Kisch Preis nominiert. - Walter Wüllenweber: **DIE ASOZIALEN**, *Wie Ober- und Unterschicht*

*unser Land ruinieren - und wer davon profitiert*, DVA Verlag 09/2012, ISBN: 9783421045713, 256 Seiten, 19,99 €  
 Infos: [www.randomhouse.de](http://www.randomhouse.de) (ErSt)

**@lbert 1stein im Januar**

*„Die reinste Form des Wahnsinns ist es, alles beim Alten zu lassen und gleichzeitig zu hoffen, dass sich etwas ändert.“*

**Albert Einstein (1879-1955)**

Die deutsche Gesellschaft befindet sich im Zustand der Auflösung. Am unteren Ende ist eine wachsende Unterschicht dabei, sich aus den bürgerlichen Wertvorstellungen zu verabschieden. Gleichzeitig zieht sich auch die Oberschicht in ihre Parallelwelt zurück. Das Erstaunliche ist: An den gegenüberliegenden Enden der Gesellschaft beobachten wir ähnliche, teils identische Entwicklungen:

- Die Wert- und Moralvorstellungen von Ober- und Unterschicht entfernen sich immer weiter von denen der Mehrheitsgesellschaft.

**@lptraum-Regelbedarfsstufen: Neue Hartz IV-Regelsätze ab 1. Januar 2013**

Rüdiger Böker, bestellter Gutachter beim Bundesverfassungsgericht zur Regelsatzentscheidung vom 09.02.2010, hat an einem aktuellen Papier die Zusammensetzung der Regelsätze 2011/2013/2013 aufgedrösel.

Das Papier ist dann wichtig, wenn z.B. geprüft werden soll, in welcher Höhe Strom im Regelsatz enthalten ist, Fahrtkosten oder auch Ernährung und Hygiene. Auch spannend ist, darin zu sehen, wie viel zum Leben und zur Teilhabe die Politik Hartz IV-/SGB XII-Leistungsbeziehern zuerkennt.

Das Werk gibt es hier: <http://www.harald-thome.de/media/files/Boeker-Aufteilung-RB-11,12,13.pdf>

**@lptraum**

MITGLIED IM

**DPV**Deutscher  
Presse  
Verband**@lptraum**

Impressum :

“ALP-Traum” ist seit 2005 ein kostenloses Arbeitslosen-Zeitungsprojekt, Plattform [Hannover-gegen-Sozialabbau.de](http://Hannover-gegen-Sozialabbau.de)  
 + + + Die Redakteure sind Mitglied im DPV - Deutscher Presse Verband e.V. für Journalisten, Hamburg + + +  
 Beiträge: Erwin Stefaniuk (ErSt), Tel. 45 66 13, Heinz-Dieter Grube (HaDe), Tel. 34 21 21, mobil 0163 7385457  
 @lptraum-Redaktion (Alp) - Gastbeiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.  
 Druck im Selbstverlag, verantwortlicher Redakteur: Heinz-Dieter Grube, Schützenstr. 12, 30161 Hannover  
[www.alptraum.org](http://www.alptraum.org), Tel. 0511 / 34 21 21, Fax 0511 / 34 23 23, Email: [redaktion@alptraum.org](mailto:redaktion@alptraum.org)  
 @lptraum erscheint monatlich, Druck-Auflage: 400 - 2500, ist frei von gewerblichen Anzeigen und Werbung  
 Spendenkonto: H.- D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg  
 Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptraum zur Verfügung gestelltes Sparsbuch.  
 Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich.  
 Bei Spendeneinzahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papiaerausgaben Alptraum, bitte per Email Hinweis geben. Danke.

Impressum :

**@lptraum-GVH-Fundsache aus Tickets + Cards für Busse und Bahnen 2013:**  
 Das **KinderEinzelTicket** und das **KinderTagesTicket** sind weiterhin auch als Fahrkarte für Hunde nutzbar.

**\*\*\* Wer hilft in Hannover Menschen in prekären Lebenslagen \*\*\***

Hannöversche AIDS-Hilfe e.V., Lange Laube 14	Termin vereinbaren, 360 696-0
ASG, Walter-Ballhause-Str. 4	Termin vereinbaren, 44 24 21
Diakonie-Beratung, An der Christuskirche 15	Termin vereinbaren, 167 686-0
IG Metall, Postkamp 12	Termin vereinbaren, 124 02-45
ver.di, Goseriede 10	Termin vereinbaren, 124 00-0
SoVD, Herschelstr. 31	Termin vereinbaren, 701 48-21
Sozialverband VdK, Am Schiffgraben 40	Termin vereinbaren, 131 72 20
pro familia, Goseriede 10	Termin vereinbaren, 36 36 06
[ka:punkt], Gruppenstraße 8	Termin vereinbaren, 270 739-0
Sorge-Café, Königstraße 6	donnerstags 15.00-18.00 Uhr
(Selbsthilfe)-Begleitservice	Hotline: 16-18 Uhr, 33 65 35 56

**Weitere Anlauf- und Beratungsstellen - Essens-Ausgaben - Unterkünfte**

**Zentrale Beratungsstelle**  
Hagenstr. 36  
30161 Hannover (Zentrum)  
Tel.: 0511 / 99040-0

**Kontaktladen Mecki**  
Raschplatz 8 c-d  
30161 Hannover (Zentrum)  
Mo - Do 8.00 - 11.00 Uhr  
Fr. 8.00 - 12.00 Uhr  
Sa 8.00 - 10.00 Uhr  
Tel.: 0511 / 3480264

**Tagestreffpunkt DÜK**  
Lavesstr. 72  
30159 Hannover (Zentrum)  
Mo. Di., Do., Fr.: 10:30 - 15:30 Uhr  
Mi.: 10:30 - 13:00 Uhr  
Tel.: 0511 / 3632538

**Sozialdienst für Wohnungslose Caritas,**  
**Winter-Essenausgabe** St. Clemenskirche  
**11.00-13.00 Uhr,** Leibnizufer 13-15  
30169 Hannover (Zentrum)  
Tel.: 0511 / 12600-42

**Unterkunft Wörthstraße**  
Wörthstr. 10  
30161 Hannover (Oststadt)  
Tel.: 0511 / 3884893

**Männerwohnheim Büttnerstraße**  
Büttnerstr. 9  
30165 Hannover (Vahrenwald)  
Tel.: 0511 / 35856-0

**Werkheim - Kaffeestube**  
Büttnerstr. 9  
30165 Hannover (Vahrenwald)  
Mo. - So.: 6:00 - 14:00 Uhr  
Tel.: 0511 / 35856-0

**Treffpunkt Kötnerholzweg**  
Köthnerholzweg 9  
30451 Hannover (Linden)  
Mo., Di., Mi., Fr.: 10:00 - 15:00 Uhr  
Do.: Beratung nach Vereinbarung  
Tel.: 0511 / 2110634

**Neues Land - SOS Bistro**  
Steintorfeldstr. 4a  
30161 Hannover (Zentrum)  
Di.-Fr.: 15:00 - 20:00 Uhr, Sa. U. So.: 17:00  
- 20:00 Uhr  
Tel.: 0511 / 3884504

**Neues Land**  
Auffanghaus für Frauen  
Lange-Hop-Str. 44  
30559 Hannover (Bemerode)  
Tel.: 0511 / 51463

**Frauenunterkunft**  
Gartenstr. 20  
30161 Hannover (Oststadt)  
Tel.: 0511 / 34021-0

**Männerwohnheim**  
Schulenburg Landstraße 335  
30419 Hannover (Schulenburg)  
Tel.: 0511 / 9781790

**Paul-Oehlkers-Haus**  
Plantagenstr. 17  
30455 Hannover (Badenstedt)  
Tel.: 0511 / 2609243

**Neues Land** - Auffanghaus für Männer  
Steintorfeldstr. 11  
30161 Hannover (Oststadt)  
Tel.: 0511 / 319715

**Krankenwohnung Die KuRVE**  
Alt-Bethesda (Henriettenstift)  
Hannover (Kirchrode)  
Tel.: 0511 / 8387320

**Karl-Lemmermann-Haus**  
Am Wacholder 9  
30459 Hannover (Oberricklingen)  
Tel.: 0511 / 410282-0

**Szenia**  
Tagestreff und Beratung für Frauen  
Burgstr. 12  
30159 Hannover  
Mo., Di., Do.: 10:00 - 15:00 Uhr u. Fr.: 10:00 - 13:00 Uhr  
Tel.: 0511 / 7600100

**Tagestreff Nordbahnhof**  
Engelbosteler Damm 113  
30167 Hannover  
Di 14.00 - 19.00 Uhr, Mi 14.00 - 21.00 Uhr  
Do 14.00 - 19.00 Uhr, So 9.00 - 15.00 Uhr

**Medizinische Zahn-Versorgung bei akutem Bedarf:**

Viele Menschen in Armutssituationen in der Stadt und der Region Hannover werden nicht oder nur schwer vom Gesundheitssystem erreicht. Dies trifft gerade auch auf die zahnmedizinische Behandlung zu, mit weitreichenden Folgen für die Gesundheit, das Selbstgefühl der Betroffenen und die gesellschaftlichen Folgekosten.

Das Angebot richtet sich an Menschen, die sich als Teil der Armutbevölkerung auf Hannovers Straßen aufhalten. Viele dieser Personen sind schon seit Jahren auf der Straße. Häufig sind sie von der Regelversorgung des

**Das Zahnmobil - Hilfe mit Biss**

zahnärztlichen Gesundheitssystem faktisch ausgeschlossen. Das Zahnmobil, ausgestattet mit einer arbeitsfähigen zahnmedizinischen Einrichtung mit Fahrer, ehrenamtlich tätigem Zahnarzt/-ärztin und Zahnarthelferin, fährt in Hannover und Umgebung regelmäßig Plätze an, die als Treffpunkte für Personen dieser Zielgruppe bekannt sind. Nähere Informationen gibt es bei der **zentralen Beratungsstelle des Diakonischen Werkes in der Hagenstr. 36 in 30161 Hannover.** Tel. 0511 / 990 40 32.

Flyer zum Zahnmobil liegen auch bei den oben genannten Hilfseinrichtungen aus. (Alp)

**@lptraum-Skandal: Sanktionen - in Gesetz gegossene Verfassungswidrigkeit ?**

Die Anzahl der verhängten Sanktionen gegen arbeitslose und nichtarbeitslose ALG-2-Empfänger strebt unaufhaltsam von Rekordmarke zu Rekordmarke. Wurde im April dieses Jahres noch für das Jahr 2011 ein neuer Höchststand von über 912.000 von den Jobcentern ausgesprochenen Sanktionen vermeldet, deuten die Zahlen für das erste Halbjahr 2012 auf eine erneute Steigerung der Sanktionierungsversuche hin. Mit über 520.000 Sanktionen im ersten Halbjahr 2012 geht die Tendenz für das Gesamtjahr in Richtung über 1 Million. **Dabei ist generell zu berücksichtigen, dass 42 Prozent der dagegen eingelegten Widersprüche, auch per Gerichtsentscheid, erfolgreich sind.** Das mag als Fingerzeig dafür dienen, dass eine nicht unerhebliche Anzahl der verhängten Sanktionen selbst der aktuellen Rechtslage widerspricht. **Addiert man die Fälle hinzu, in denen nach Klageerhebung die Jobcenter die Sanktionen zurücknehmen und somit die Klage gegenstandslos wird, liegt die Erfolgsquote gegen Sanktionen im Bereich von 50 Prozent.** Mindestens die Hälfte aller ausgesprochenen Sanktionen halten also nicht einmal der ersten Überprüfung stand. **Diese Zahl erfasst jedoch die Realität immer noch nicht vollständig, da sie die Dunkelziffer derjenigen nicht berücksichtigt, welche sich aus unzureichender Rechtskenntnis oder aus Angst vor nachfolgenden Repressionen gar nicht erst dagegen zur Wehr setzen.**

Doch was steht hinter diesen Sanktionen ?

Wieso glaubt der Gesetzgeber, mit Mitteln „schwarzer Pädagogik“ in Form von Drohungen und Repressionen gegen die Schwächsten der Gesellschaft vorgehen zu dürfen ?

Welche Gründe kann es geben, Men-

schen ihre Existenzgrundlage zu verweigern ?

Wieviel Rechtmäßigkeit steht hinter diesem Vorgehen, ist dies überhaupt mit den Rechtsgrundsätzen der Bundesrepublik Deutschland vereinbar ?

**Das Stigma der Arbeitsverweigerer** Selbst nach jetziger Rechtslage der Sozialgesetzgebung ist der Löwenanteil der ausgesprochenen Sanktionen eher zweifelhaft bis deutlich rechtswidrig. Obschon der Boulevard-Journalismus, der allerdings mit einigen seiner Argumentationsmuster inzwischen bis weit in die vermeintlich seriösen Medien hineinreicht, wie auch die Stammtische die Ursachen hierfür sofort holzschnittartig bei den „faulen Arbeitslosen“ finden, ist nicht die Ablehnung von Jobangeboten der Hauptgrund dieser Sanktionen, sondern **in rund 70 Prozent der Fälle handelt es sich sogenannte Meldeversäumnisse.** Dies kann ebenso ein nicht eingehaltener Gesprächstermin wie auch ein Termin, der wegen verspäteter Benachrichtigung nicht wahrgenommen werden konnte. **Immer wieder wird von Betroffenen darüber berichtet, dass Einladungsschreiben erst am Vortag oder am Tag des Gesprächstermins die Eingeladenen erreichen. Gelegentlich auch erst nach diesem.** Zunehmend gibt es Sanktionierungsversuche seitens der Jobcenter, welche trotz einer vorliegenden ärztlichen Krankschreibung auf ein Erscheinen der Betroffenen bestehen oder alternativ eine ärztliche Bettlägerigkeitsbescheinigung fordern. Trotz Krankschreibung könnten die Betroffenen einen Termin wahrnehmen.

Ebenfalls häufen sich die Fälle, nach denen Sanktionen wegen „fehlender Mitwirkung“ ausgesprochen werden, **weil auf sonderbare Weise immer wieder Unterlagen auf dem Postweg (beim Jobcenter) verloren gehen.** Häufig wird auch der Versuch,

geforderte Unterlagen persönlich im jeweiligen Jobcenter abzugeben, gezielt sabotiert. Entgegen inzwischen mehrfach ergangener gegenteiliger Rechtsprechung wird seitens der Mitarbeiter der Jobcenter immer noch und häufig eine schriftliche Bestätigung zur Übergabe der Unterlagen verweigert. Dieses Verhalten dürfte jedoch kaum auf persönliche Abneigungen der Mitarbeiter der Jobcenter gegenüber der „Kundschaft“ zurückgehen, sondern wird seine Ursache in internen Dienstweisungen haben. Es ist sogar ein Fall belegt, bei dem eine Mitarbeiterin am Informationscounter die Annahme von Dokumenten mit der Begründung verweigert hat, dass dies außerhalb der Dienstzeit der Arbeitsvermittler nicht zulässig wäre. Anschließend wurde auch noch ein Security-Mitarbeiter aktiv, indem er seinerseits nun sogar den Einwurf in den Hausbriefkasten zu verhindern suchte.

**Am Ende all dieser Verhinderungshandlungen steht immer wieder das Gespenst der Regelsatz-Sanktion. Sanktionen, mithilfe derer interne Vorgaben zu Sanktionsquoten erreicht und somit Einsparungen erzielt werden sollen. Ob die Faktenlage Sanktionen überhaupt sachlich rechtfertigt, spielt oft so gut wie keine Rolle.**

**Sanktionen – die Allzweckwaffe**

Sanktionen haben neben den beschriebenen Wirkungen der Einsparung von Ausgaben sowie der Verbreitung von Angst unter den davon Betroffenen ein weiteres Ziel: **Die allgegenwärtige Bedrohung mit Sanktionen soll die Leistungsempfänger zu „freiwilligen“ Verhaltensreaktionen zwingen, welche ohne Sanktionen so nicht möglich wären und in deren Folge die nächsten ausgelegten Fallstricke auf sie warten.** (HaDe)

Quelle: Lutz Hausstein  
veröffentlicht [www.nachdenkseiten.de](http://www.nachdenkseiten.de)

**NachDenkSeiten**

Die kritische Website

**@lptraum-Jobcenter ? Wer sich nicht wehrt lebt verkehrt ?**

**@l p t r a u m-Tipps & News im Januar 2013:****@l p t r a u m-Regelbedarfsstufen: Neue Hartz IV-Regelsätze ab 1. Januar 2013**

Laut der Verordnung zur Bestimmung des für die Fortschreibung der Regelbedarfsstufen nach § 28a des „Zwölften Buches Sozialgesetzbuch“ (SGB XII) steigen die Hartz IV-Regelsätze ab 1. Januar 2013:

Regelbedarfsstufe 1: 382 Euro = plus 8 Euro # Regelbedarfsstufe 2: 345 Euro = plus 8 Euro  
 Regelbedarfsstufe 3: 306 Euro = plus 7 Euro # Regelbedarfsstufe 4: 289 Euro = plus 2 Euro  
 Regelbedarfsstufe 5: 255 Euro = plus 4 Euro # Regelbedarfsstufe 6: 224 Euro = plus 5 Euro

**@l p t r a u m-Arztbesuch: 10 Euro Praxisgebühr nach neun Jahren abgeschafft**  
 Ab 1. Jan. 2013 müssen Patienten keine 10 Euro mehr bei ihrem ersten Arztbesuch im Quartal zahlen.

**@l p t r a u m-Deutsche Post: Portoerhöhung zum 1. Januar 2013 um 3 Cent**  
 Erste Portoerhöhung für den Standardbrief seit 1997: Ab 1. Januar 2013 kostet er 58 statt 55 Cent.

**@l p t r a u m-Landtagswahl 20. Januar 2013: Nach der Wahl ist vor der Wahl**

»Niedersachsen nachhaltig gestalten! Gute Arbeit. Gleiche Chancen.« - 13 DGB-Positionen zur Landtagswahl in Niedersachsen: [www.niedersachsen.dgb.de](http://www.niedersachsen.dgb.de) # # # »Gerecht geht anders!«  
 ver.di-Forderungen an die Parteien zur Niedersachsen-Landtagswahl: [www.ndsbremen.verdi.de](http://www.ndsbremen.verdi.de)  
 12 Fragen zur Niedersächsischen Landtagswahl 2013 vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung Hannover an die Parteien: <http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Ortsgruppen/Hannover/Zwoelf-Fragen>

**@l p t r a u m-NAK-Armutsbericht 2012: „Die im Schatten sieht man nicht“**

1. Schattenbericht der Nationalen Armutskonferenz (NAK), der in Zusammenarbeit mit der Berliner Straßenzeitung **strassen|feger** entstanden ist. (@l p t r a u m berichtete 11/12)  
 Infos: [www.strassenfeger.org](http://www.strassenfeger.org) (PDF-Datei ca. 2.300 kB): [www.alptraum.org/downloads/armut.pdf](http://www.alptraum.org/downloads/armut.pdf)

**@l p t r a u m-Tipp: Angst vorm Amt? Erwerbslosen Forum Deutschland**  
 Nie wieder alleine zur ARGE/JobCenter. Hier können bundesweit Suchanfragen bzw. Angebote für Begleitung gestellt werden: <http://www.elo-forum.org/suche-biete-begleitung-arge-jobcenter/>

**@l p t r a u m-Ökumenische Essensausgabe: Mo. bis Sa. von 11 bis 13 Uhr**  
 Tägliche Essensausgabe (außer sonntags) während der Wintermonate von Dez. bis Mitte März  
 Probsteigemeinde St. Clemens, Leibnizufer 13-15, Calenberger Neustadt, 30169 Hannover-Mitte

**@l p t r a u m-Kälte in Hannover: ZBS-Winternotfallnummer (0511) 990 40 - 15**  
 Rund 500 Obdachlose in Hannover # Wohnungslose Menschen sind im Winter besonders gefährdet.  
 Zentrale Beratungsstelle, Wohnungslosenhilfe Diakonisches Werk, Hagenstraße 36, 30161 Hannover  
 Winternotfallnummer (0511) 990 40 15, Im Notfall 110 + 112, E-Mail: [winternotfallhilfe@zbs-hannover.de](mailto:winternotfallhilfe@zbs-hannover.de)

**@l p t r a u m-Demo: „Wir haben es satt! Für Bauernhöfe statt Agrarindustrie!“**

Wenn die Landpartie zur Horrorshow wird... Samstag, 19. Januar 2013, 11 Uhr, Großdemo in Berlin  
 [22.01.11: über 22.000 Demo-Teilnehmer in Berlin # 10.11.12: über 2.000 Demo-Teilnehmer in Hannover]  
 Demo-Aufruf der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg - ALSO e.V.: [www.widerspruch-sozialberatung.de](http://www.widerspruch-sozialberatung.de)  
 Wir haben Agrarindustrie satt! # Demo-Infos unter: [www.wir-haben-es-satt.de](http://www.wir-haben-es-satt.de) oder: [www.campact.de](http://www.campact.de)

**@l p t r a u m-Stöber-Sonntage: Flohmarkt-Winterpause bei Faust in Linden**  
 Von Januar bis März sonntags kein Flohmarkt, weiter geht es am 7. + 21. April 2013: [www.faust.de](http://www.faust.de)

**@l p t r a u m-SUPER-GAU: AKW BROKDORF - DAS DING MUSS WEG !**  
 ... DAMIT DIE MENSCHEN BLEIBEN KÖNNEN. # AKW-Brokdorf-Infos: [www.ausgestrahlt.de](http://www.ausgestrahlt.de)



**Acht Jahre @l p t r a u m 2005 - 2013: kostenlose Hannoversche Zeitung**  
 Über 95 Print- & PDF-Ausgaben gegen Sozialabbau für Menschen in prekären Lebenslagen  
 Mitglied im DPV [Deutscher Presse Verband e.V. für Journalisten, Hamburg] - Infos: [www.dpv.org](http://www.dpv.org)  
 Aktuelle Informationen & Material: [www.alptraum.org](http://www.alptraum.org) oder: [www.hannover-gegen-sozialabbau.de](http://www.hannover-gegen-sozialabbau.de)  
 Spenden für Druck- & Kopierkosten: Postbank Hamburg, Kto.-Nr. 249 437 818 4 [BLZ 201 100 22]

## Taschenbuch, (z.B. auch bei Amazon.de zu finden): **Wir sind empört !: Gegen die Zerstörung des Sozialstaates und den Angriff auf unsere Grundrechte**

Die Aushöhlung der Grund- und Freiheitsrechte erzeugt Wut, aber auch Desinteresse an der Politik und Angst vor weiterem Unrecht. In der Folge halten Bürger sich mit öffentlichen Meinungsäußerungen zurück, woraufhin der Staat ihre geheime, umfassende Ausspähung und Überwachung ausbaut, die er ohnehin als substantiellen Bestandteil einer wehrhaften demokratischen Politik betrachtet. Im Gegensatz zu widerständigem Handeln der Bürger kann der Staat aufgrund langer Traditionen auf bewährte Strategien zur Durchsetzung seiner Ziele zurückgreifen – Expertenwissen aus der NS-Zeit inbegriffen. **So drängt sich die Frage auf, ob „der Staat“ überhaupt aus der Geschichte lernen will bzw. aus welcher Epoche der Geschichte er welche Lehren zieht ?** Ist seinen Repräsentanten bewusst, dass sie mit der Fortsetzung der Politik des „staatlich verordneten Sozialdarwinismus“ die Gesellschaft weiter spalten und mit der Schwächung der Lohnabhängigen, dem Extremismus der Mitte unverdrossen zuarbeiten ? Oder ist es nicht vielmehr so, dass es sich nicht um Fehlentwicklungen, sondern um die Ergebnisse einer konsequent betriebenen menschenfeindlichen, neoliberalen Politik handelt ? Experten und engagierte Bürger beschreiben die Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte in unserem Land. Schwerpunkte dabei sind:

- Welches Geschichtsbild herrscht bei uns ?
- Sind wir auf dem Weg in einen legalen Polizeistaat ?
- Was passiert mit Millionen von Hartz IV-Empfängern auf den Ämtern ?

- Wie kann Arbeit gerechter verteilt werden ?
- Wer profitiert von der Spaltung der Gesellschaft ?



Inhaltsverzeichnis **Achim Rogoss:** *Aus (welcher) Geschichte lernen ? „1932Heute !“ Vergleiche und Diagnosen: „1932Heute“* **Jörg Wollenberg:** *Schwarze Listen und weiße Westen. Zu den Folgen der verhinderten Neuordnung nach 1945 (in Hochschulen und DGB- Gewerkschaften)* **Stephan Alexander Glienke:** *Der Blick von Außen. Vergangenheitspolitik und Außenwahrnehmung in Deutschland* **Heiner Keupp:** *Erinnerungsarbeit als Identitätsprojekt* **Jan Lohl:** *„Das Böse ist draußen“ – Zur psychoanalytischen Sozialpsychologie der Nachwirkungen des Nationalsozialismus* **Karl Heinz Roth:** *Die aktuelle Weltwirtschaftskrise im globalgeschichtlichen Vergleich* **Rüdiger Bahr:** *Der Feind steht links!* **Elke Steven:** *Mit Sicherheit gegen Sicherheit und Freiheit* **Rolf Gössner:** *Heillos verstrickt. V-Leute des Verfassungsschutzes: Neonazis im Dienste des Staates* Beiträge für eine gerechtere Gesellschaft **Peter Grottian:** *Arbeitslosigkeit und Armut abschaffen ! Eine realistisch-unrealistische Utopie* **Lutz**

**Hausstein:** *Was der Mensch braucht – 2011. Empirische Analyse zur Höhe einer sozialen Mindestsicherung auf der Basis regionalstatistischer Daten* **111 Heinz-J. Bontrup und Mohssen Massarrat:** *Arbeitszeitverkürzung und Ausbau der öffentlichen Beschäftigung jetzt ! Manifest zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit* **Helga Spindler:** *Stunde der Technokraten – zur Einsetzung der Hartz -Kommission* **Michael Ramminger und Katja Strobel:** *Hungern und Dürsten nach Gerechtigkeit. Über christlich-kapitalismuskritische Bewegungen in der BRD zwischen Institution und Widerstand* **Christian Gloede:** *Schule ohne Zwang und Konkurrenz ?* **Fabian Rust:** *Wie man aus Opfern Übeltäter macht – Repressionsapparat „Hartz IV“* **Hans-Dieter Binder:** *Die Angst vorm Klappern des Briefkastens – Persönliche Erfahrungen mit der Armut* **Heinrich Pacht:** *Deutsches Dienstleierlied* Anhang **Die Georg-Elser-Initiative Bremen**  
Die Autorinnen und Autoren kommentierte Kontakt- und Webadressen sozial-engagierter Personen, Organisationen, Institutionen Danksagung  
Taschenbuch: 215 Seiten, 19,90 €  
Verlag: Pahl-Rugenstein;  
Auflage: 1 (19. März 2012)  
Sprache: Deutsch  
ISBN-10: 3891445032  
ISBN-13: 978-3891445037  
*Anmerkung der @lptraum-Redaktion: Das Taschenbuch ist mit seinem Preis von 19,90 € für Betroffene nicht unbedingt „erschwinglich“, die Artikel/Beiträge dieser Autoren sind durchaus lesenswert, sind teilweise auch auf den [www.nachdenkseiten.de](http://www.nachdenkseiten.de) zu finden, wurden inhaltlich in verschiedenen Artikeln dieser Ausgabe ganz oder in Teilschnitten verwendet.* (HaDe)

## **@lptraum-GVH-Bilanz: SozialTicket MonatsCard muss endlich her**

**@lptraum-Fahrpreise: GVH-Tickets steigen ab 9. Januar um rund 3,1 Prozent**  
Zum GVH-Winterfahrplanwechsel am 9. Dez. 2013 werden Busse & Bahnen im Großraum-Verkehr Hannover im Schnitt 3,1 Prozent teurer, das hat im Verkehrsausschuss der Region eine Mehrheit von SPD und Grünen Anfang Juli beschlossen. Kritik gab es von CDU, FDP und Linken. Fazit? Neu eingeführt wird ein TagesTicket für Kinder von sechs bis 14 Jahren. Es wird 2,60 Euro kosten und für alle drei Tarifzonen gelten. Das EinzelTicket für Kinder wird dann 1,30 Euro kosten, 10 Cent mehr als bisher. Anfang 2013 will die Regionsverwaltung ein Gutachten über die Neugestaltung der GVH-Zonen von Monatskarten vorlegen. Auch dort soll es künftig drei statt vier geben.

**Das KinderEinzelTicket und das KinderTagesTicket sind weiterhin auch als Fahrkarte für Hunde nutzbar. (Alp)**

**@lptrraum-Info: Neues JobCenter für Linden-Süd + Linden-Nord in Vahrenheide**

Aus dem JobCenter Calenberger Esplanade werden seit dem 22.11.2012 die Bezieher von ALG II aus den hannoverschen Stadtteilen **30449 Linden-Süd** und **30451 Linden-Nord** in dem neuen JobCenter **Vahrenwalder Straße 249, 30179 Hannover**, bearbeitet. - Konnten bisher viele Lindener zu Fuß oder per Fahrrad zum Termin ins JobCenter, ist es neuerdings nach Vahrenheide fast eine halbe Weltreise:

**üstra**-Stadtbahnlinien 3, 7, 9, 10 und 17 bis Hauptbahnhof, umsteigen in **üstra**-Stadtbahnlinie 1 bis Haltestelle Kabelkamp.

Oder **üstra**-Buslinien 120, 300 und 500 bis Hauptbahnhof, umsteigen in **üstra**-Stadtbahnlinie 1 bis Haltestelle Kabelkamp [im Ex-**Telekom**-Gebäude].

Den „eingeladenen“ Kunden werden die Fahrtkosten vom neuen JobCenter erstattet, dies ist auch auf den Einladungen vermerkt.

**@lptrraum** fordert weiterhin eine bezahlbare **GVH-SozialMonatsCard** anstatt der am 01.10.2009 eingeführten **Region-S-Karte plus TagesTicket S = 1,20 bis 3,70 Euro plus Wertmarke S = mtl. 4,00 Euro**. (Alp)

**@lptrraum-GEZ: Befreiung vom Rundfunkbeitrag 2013**

Ab 2013 gilt der neue Rundfunkbeitrag und für Bürgerinnen und Bürger die einfache Regel: eine Wohnung - ein Beitrag. Ob und wie viele Radios, Fernseher oder Computer in einer Wohnung vorhanden sind, spielt keine Rolle mehr. Finanziell ändert sich für die meisten Bürgerinnen und Bürger nichts: über 90 Prozent zahlen genauso viel wie heute oder sogar weniger. **Wer durch das neue Beitragsmodell entlastet wird und dadurch künftig weniger zahlt, muss (im eigenen Interesse) diese Änderung selbst**



**mitteilen.** Das betrifft zum Beispiel nichteheliche Lebensgemeinschaften, Wohngemeinschaften sowie Familien mit erwachsenen Kindern, die über ein eigenes Einkommen verfügen, in einer Wohnung leben und bisher insgesamt mehr als 17,98 Euro pro Monat bezahlten. Denn pro Wohnung fällt maximal

ein Rundfunkbeitrag von 17,98 Euro an. [www.rundfunkbeitrag.de](http://www.rundfunkbeitrag.de)

**Schon GEZahlt ?**

Personen, die von Sozialhilfe, Hartz IV, Grundsicherung oder anderen Sozialleistungen abhängig sind, können eine „GEZ-Befreiung“ beantragen. Antragsformulare auf „Rundfunkbeitragsbefreiung“ seit November 2012

**@lptrraum** berichtete: bei allen Ordnungs-/Bürgerämtern sowie bei den Behörden, die Leistungen gewähren. Infos: [www.gez.de/gebuehren/gebuehrenbefreiung/index\\_ger.html](http://www.gez.de/gebuehren/gebuehrenbefreiung/index_ger.html) (Alp)

**@lptrraum-LSG-Urteil: Vom JobCenter gibt es kein Geld für Rechtsliteratur**

Ein Hartz-IV-Empfänger hat keinen Anspruch darauf, dass ihm das JobCenter Rechtsliteratur bezahlt. Im vorliegenden Fall begehrt der Hartz-IV-Bezieher einen Sonderbedarf in Höhe von 1.318 Euro für rechtswissenschaftliche Literatur. Das JobCenter hatte in der Vergangenheit mehrfach die Leistungen aufgrund von Sanktionen gekürzt. Rechtsmittel dagegen waren sämtlich erfolgreich. Der Leistungsempfänger beantragte die Finanzierung der Literatur als Sonderbedarf und führte aus: Er müsse sich gegen die Sanktionen und Eingliederungsvereinbarungen zur Wehr setzen können. Den Widerstand gegen das „**menschenverachtende Hartz-IV-System**“ müsse er auf dem Rechtsweg austragen. Er müsse sich nicht an einen Rechtsanwalt verweisen lassen. Die rechtswissenschaftliche Literatur sei unabweisbar zur Verteidigung seiner Menschen- und Grundrechte. Es liege ein laufender, nicht nur einmaliger besonderer Bedarf vor. Die Sanktionen



hätten das Ziel der Vernichtung seiner physischen Existenz. Die Kosten für die Literatur seien auch nicht in der Regelleistung enthalten, das widerspreche der zuvor erfolgten Absenkung. Nach dem Bundesverfassungsgericht sei die Regelleistung verfassungswidrig. Die gegen die Ablehnung des JobCenters gerichtete Klage hatte keinen Erfolg. Der 5. Senat des Landessozialgerichts

in Halle (Saale): Es ist nicht erkennbar, dass die beantragte Rechtsliteratur für ein menschenwürdiges Existenzminimum unabweisbar ist. Die beantragten Sonderbedarfe gehören nicht zu den unabweisbaren, laufenden und besonderen Bedarfen. Sie sind mit der Regelleistung (siehe § 21 Abs. 6 SGB II\*) pauschaliert abgedeckt. **Landes-sozialgericht Sachsen-Anhalt, Urteil vom 21. Juni 2012, Az. L 5 AS 322/10** (Quelle: **DGB-einblick**)

\*) § 21 Abs. 6 SGB II = Nach dem SGB II werden - neben den Unterkunftskosten - die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts in Form einer Pauschale (ab 01.01.2013: 382 Euro für Alleinstehende) bewilligt. Nur ausnahmsweise ist ein Mehrbedarf anzuerkennen, wenn im Einzelfall ein unabweisbarer, laufender, nicht nur einmaliger besonderer Bedarf besteht. Dieser muss der Höhe nach erheblich von einem durchschnittlichen Bedarf abweichen. - Infos:

[www.sozialgerichtsbarkeit.de](http://www.sozialgerichtsbarkeit.de) (Alp)

